



Aktenzeichen: AfD

Datum: 27.08.2019

Hinweis:

Beratungsfolge: Stadtrat

**Resolution zum Thema Klimaschutz/Klimanotstand
hier: Resolutionsantrag der AfD-Stadtratsfraktion**

Resolution der AfD zum Thema Klimaschutz/Klimanotstand

Das Pariser Klimaabkommen wurde am 12. Dezember 2015 auf der [UN-Klimakonferenz in Paris](#) verabschiedet und sieht die Begrenzung der [globalen Erwärmung](#) auf deutlich unter 2 °C gegenüber vorindustriellen Werten vor.

Mit Stand vom 7. November 2017 erkennen praktisch alle Staaten der Erde dieses Abkommen an, wobei die [Vereinigten Staaten von Amerika](#) bereits Mitte 2017 ihren Austritt zum Jahr 2020 ankündigten, womit sie das einzige Land weltweit wären, das dem Abkommen nicht angehört.

Klimaveränderungen und damit verbundenen Klimawandel hat es schon immer auf der Erde gegeben.

Es mag unbestritten sein, dass durch achtlosen Umgang mit der Umwelt und deren nicht unerschöpflichen Ressourcen, verbunden mit Bevölkerungsexplosion und überproportional zunehmender Industrialisierung ein sich hieraus entstehender, stark ansteigender CO2 Ausstoß in kausalem Zusammenhang stehen kann.

Die Höhe des menschengemachten Anteils einer hieraus möglicherweise resultierenden Klimaveränderung ist bisher quantitativ jedoch nicht nachgewiesen. Weder durch die Modelle des Weltklimarates IPCC noch durch Gutachten und Meinungen tausender Wissenschaftler, gegen deren Aussagen und Meinungen es in mindestens in gleich großer Zahl Gegenstimmen und Aussagen gibt.

Es ist grundsätzlich lobenswert, wenn man im Ausschlussverfahren, so z.B. durch Verringerung des CO2 Ausstoßes, die wahren Ursachen der Klimaveränderung zu ergründen versucht.

Hierfür muss der Ansatz aus unserer Sicht jedoch zuerst bei den Hauptverursachern – nämlich den Länder China, USA und Russland erfolgen, welche zusammen fast 50% der Emission zu verantworten haben!

Beratungsergebnis:

Gremium	Sitzung am	Top	Öffentlich:	<input type="checkbox"/>	Einstimmig:	<input type="checkbox"/>	Ja-Stimmen:	
			Nichtöffentlich:	<input type="checkbox"/>	Mit	<input type="checkbox"/>	Nein-Stimmen:	
					Stimmenmehrheit:	<input type="checkbox"/>	Enthaltungen:	
Laut Beschlussvorschlag:	Protokollanmerkungen und Änderungen		Kenntnisnahme:	Stellungnahme der Verwaltung ist beigefügt:		Unterschrift:		
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> siehe Rückseite:		<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>		<input type="checkbox"/>		

Solange die europäischen Staaten noch eine anerkannte Wirtschaftsmacht darstellen, kann dieser Umstand zur Durchsetzung des Abkommens gegen die Hauptverursacherländer nutzbar gemacht werden, damit das geschlossene Abkommen nicht zu einem reinen Lippenbekenntnis verkommt.

Es kann und darf nicht sein, dass die deutsche Politik unser Land, welches einen Anteil von etwa 2,5% an der CO₂ Gesamtemission hat, es sich zur Aufgabe macht, die weltweite Klimaveränderung aufhalten zu wollen, indem man der deutschen Wirtschaft und besonders dem Mittelstand Bedingungen und Forderungen auferlegt, die zwangsläufig dazu führen werden, dass der Wirtschaftsstandort Deutschland seine Bedeutung und seinen Einfluß verliert, weil Industrie und Fachkräfte abwandern.

Was wiederum zur Folge hat, zu dass Deutschland möglicherweise seine CO₂ Ausstoß verringert, dieser sich jedoch in den Zuwanderungsländern der Industrie - hier insbesondere China - zwangsläufig erhöhen wird.

Deshalb müssen alle Gesetze und Maßnahmen ausgewogen sein und den Erhalt des Industriestandorts Deutschland berücksichtigen. Denn nur wohlhabende Industrieländer können sich einen Umwelt- und Naturschutz leisten.

Die Ausrufung eines Notstandes kann in letzter Konsequenz die Einschränkung der Freiheitsrechte des Einzelnen und die der Demokratie bedeuten. Wir halten es deshalb für falsch und möglicherweise gesetzeswidrig, den Klimanotstand in deutschen Städten auszurufen.

Auch die AfD bekennt sich zu einem vernünftigen Umwelt- und Naturschutz,- und Klimapolitik, verfolgt jedoch den Weg der vernünftigen Anpassung an den Klimawandel. er den natürlichen Klimawandel angemessen berücksichtigt.

Dass dies möglich ist beweist das Land Schweden als weltgrößter Papierhersteller der es erreicht hat, seinen Waldbestand in nur 25 Jahren nahezu zu verdoppeln indem für jeden zur Papierherstellung gefälltten Baum 3 neue Bäume gepflanzt wurden. Ein Paradebeispiel in Bezug auf Nachhaltigkeit und Umwelt- und somit Klimaschutz.

Die Bundesregierung hingegen setzt aus unserer Sicht zusätzlich gemeinsam mit den anderen Parteien auf reinen und nicht realisierbaren Aktionismus, gepaart mit teilweise völlig utopischen und sinnfreien Vorschlägen, welche nicht nur der deutschen Wirtschaft irreparable Schäden zufügen werden und zugleich in einer regelrechten Klimahysterie gipfeln.

Sie sieht ihren Lösungsansatz in der Einführung einer CO₂ Steuer.

Ein von deutschen Bürgern steuerfinanziertes CO₂ Zertifikat wird nie nachweisen können, ob und welchen Nutzen es für die Menschen und deren Umwelt hat.

Statt unzureichend oder gar wirkungslos zu versuchen, die planetarische Größe des Erdklimas zu verändern, müssen aus unserer Sicht die Anstrengungen dahin gehen, die Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen zu verbessern und deren Bewusstsein im Umgang mit der Umwelt und Ressourcen zu sensibilisieren.

Ziel muss es sein, dass der Bürger durch sein Verhalten und seine Lebensweise Verantwortung für seine Umwelt in seinem täglichen Leben übernimmt. Dies erreicht man, indem man ihn an Projekten aktiv beteiligt.

Wir sind der Auffassung, dass es hierzu Anträge bedarf, die konkrete, nachvollziehbare Maßnahmen zu deren Umsetzung beinhalten müssen, da sie ansonsten nichts weiter als eine reine Absichtserklärung sind.

Die AfD Frankenthal wird im Laufe des Oktobers als konkret benannte Maßnahme im Rahmen es Klima- und Umweltschutzes eine Bürgerinitiative starten unter dem Motto:“1.000 Bäume für Frankenthal – mein aktiver Beitrag zum Klimaschutz!“

Die von den Parteien CDU, Grünen/Offene Liste, SPD und FDP eingebrachten Anträge sehen wir lediglich als solche Absichtserklärungen ohne konkret benannte Inhalte, um geeignete Maßnahmen im Sinne und Interesse der Bürger Frankenthals einleiten und umsetzen zu können.

Henry Gräske
An den Pflanzgärten 18
67227 Frankenthal



Fraktionsvorsitzender AfD Frankenthal